



Giftsuche im Wald: Experten des Umweltministeriums untersuchen den Boden rund um die Deponie Münchehagen nach Dioxin
Foto: dpa

Streit um Konsequenzen aus den Dioxin-Funden bei Münchehagen

NP 7.1.88

HANNOVER. Die Dioxin-Funde nahe der stillgelegten Giftmülldeponie Münchehagen (Kreis Nienburg) haben zu einem heftigen politischen Streit geführt. Während die SPD, die Grünen, die FDP und die Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ verschiedene „Sofortmaßnahmen“ zum Schutz der Bevölkerung forderten, meinte das niedersächsische Umweltministerium auch gestern, es bestehe „kein Anlaß zu unangemessener Hektik“.

Eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung oder ein Verbot des Handelns mit Wildfleisch aus der Umgebung der Deponie, wie es SPD und Grüne forderten, lehnte das Ministerium ab. Der Münchehagen-Beauftragte der Landesregierung, Günter Feist, überraschte mit der Aussage, auf Grund früherer Untersuchungen seien die neuesten Giftfunde zu erwarten gewesen.

Zusammen mit Professor Georg Redeker,

SPD und Grüne kritisieren Umweltminister

dem Umweltbeauftragten der Landesregierung, erläuterte Feist, in drei Waldbodenproben sei das Ultragift 2,3,7,8-TCDD gemessen worden. Mit Werten von bis zu 114 Nanogramm pro Kilo lag die Giftkonzentration teilweise mehr als das Doppelte über dem in Seveso für landwirtschaftliche Flächen festgelegten Grenzwert von 50 Nanogramm.

Dies sei jedoch ein „willkürlicher, sehr niedriger Grenzwert“, meinte Redeker und wies darauf hin, daß in der Bundesrepublik derzeit mit einem Mikrogramm ein um das Zwanzigfache höherer Schwellenwert für die Einschränkung landwirtschaftlicher Nutzung gelte. Auf den Feldern und Wiesen rund um die Deponie seien nur null bis drei Nanogramm Dioxin pro Kilo

gefunden worden.

Zu den Ursachen der Dioxin-Verseuchung erläuterte Feist, zum einen habe es eine „Verstaubung“ der Umgebung der Deponie gegeben, als dort bis 1983 dioxinhaltige Flugaschen eingelagert wurden. Außerdem sei in den Wald verseuchtes Deponiewasser ausgetreten. Trotz mehrerer Bohrungen wisse die Landesregierung immer noch nicht, welche und wieviel Gifte in der teilweise illegal verfüllten Deponie lagern. 1984 war dort im Wasser eines Polders die bisher weltweit höchste Konzentration des Seveso-Dioxins gefunden worden. Die Landesregierung hat 45 Millionen Mark zur Sicherung der Deponie zur Verfügung gestellt, nachdem der private Betreiber 1984 in Konkurs gegangen ist.

Den Hinweisen auf die teilweise überdurchschnittlich hohe Krebssterblichkeit im Landkreis Nienburg, die im Krebsatlas der MHH belegt ist, will die Landesregierung nachgehen. Er habe davon jetzt aus der Presse erfahren, sagte Redeker.

Scharfe Kritik am Umweltministerium übte die Opposition. Die Nienburger SPD-Landtagsabgeordnete Bärbel Tewes warf Umweltminister Werner Remmers (CDU) vor, mit „Beschwichtigungsformeln“ das gesundheitliche Risiko in der Umgebung der Deponie herunterzuspielen.

Nach Ansicht der Grünen belegt der Nachweis des Seveso-Dioxins in den Wäldern von Münchehagen die „Untätigkeit und Verantwortungslosigkeit“ der Landesregierung. Die Grünen verlangten einen „Sperrkorridor“ um die Deponie. Auch die FDP forderte, die „belasteten Gebiete zu kennzeichnen“.

Bu